SPRACHENSTREIT – Die Diskussionen um Sinn oder Unsinn des «Frühfranzösisch» erhitzen die Gemüter beidseits der Sense. sgv-Direktor Hans-Ulrich Bigler plädiert für das frühe Erlernen der zweiten Landessprache – weil sie für die KMU unverzichtbar ist.

«Im Alltag gehts meist gar nicht ohne»

Schweizerische Gewerbezeitung, 3.10.2014

Hitzetage gab es kaum im verregneten Sommer 2014. Für heisse Köpfe war dennoch gesorgt: Das Thema «Frühfranzösisch» brachte die Gemüter beidseits des Röstigrabens in Wallung. Der Streit, ob Französisch oder Englisch als erste Fremdsprache an Deutschschweizer Schulen erlernt werden soll, gab vom Boden- bis an den Genfersee viel zu reden und zu schreiben.

Kantone gegen Frühfranzösisch

Im Thurgau wurde die Regierung per Motion angewiesen, den Frühfranzösischunterricht von der Primarstufe in die Sekundarschule zu verschieben. In Schaffhausen will das Parlament, dass auf der Primarstufe nur noch eine Fremdsprache unterrichtet wird. In St. Gallen und Solothurn wird der Sinn von Frühfranzösisch auf Primarstufe in Frage gestellt, ohne dass bereits Änderungen beschlossen worden wären. Und in Nidwalden schliesslich will die Regierung den Französischunterricht in der Primarschule abschaffen, dafür aber in der Oberstufe mehr Lektionen anbieten.

«FRANZÖSISCH HAT BEI UNSEREN KMU EINE HOHE BEDEUTUNG.»

Der Fremdsprachenunterricht in Nidwalden – wie auch jener in den übrigen Deutschschweizer Kantonen – orientiert sich an der Sprachenstrategie der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK). Diese sieht vor, dass die ersten beiden Fremdsprachen auf der Primarstufe spätestens ab der 3. resp. 5. Klasse unterrichtet werden. In den vergangenen Jahren wurde nicht nur in Nidwalden Kritik laut, dass zwei Fremdsprachen an der Primarschule viele Schülerinnen und Schüler – und wohl auch Lehrer – überforderten.

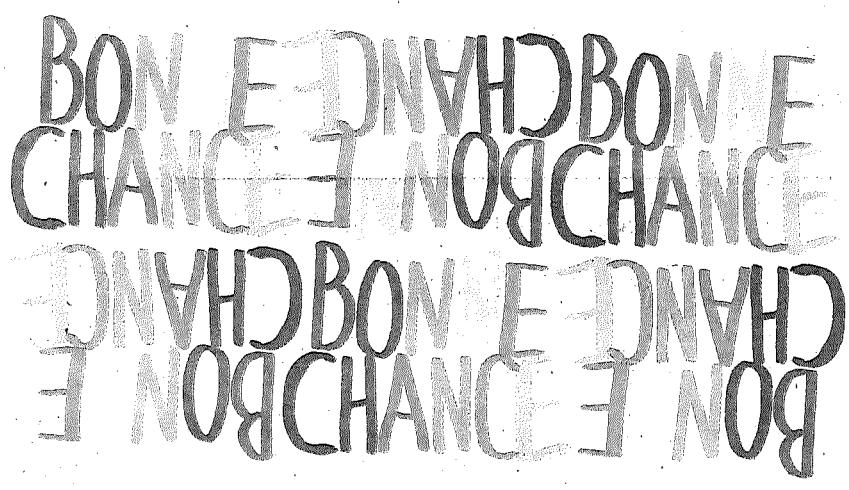
Der Nidwaldner Entscheid – das Volk befindet darüber voraussichtlich im März 2015 – stiess nicht nur in der Romandie auf Kritik. «Das Nein zum Frühfranzösisch ist kein Nein zur Romandie», wehrt sich der Nidwaldner Bildungsdirektor Res Schmid. Im Gegenteil: «Aus Sicht des Regierungsrats soll durch diese Massnahmen der wichtige nationale Zusammenhalt gestärkt werden.»

Sorgen um den Zusammenhalt

In der Romandie mag man diesen Beteuerungen nicht recht glauben und fürchtet um den nationalen Zusammenhalt. Und nicht nur der Politik bereitet diese Entwicklung Sorgen. Auch der Wirtschaft kann es nicht egal sein, sollte die Sprache Molières gegenüber jener von Shakespeare ins Hintertreffen geraten.

So plädiert Hans-Ulrich Bigler, der Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands sgv, für Frühfranzösisch. Er weist einerseits auf die staatspolitische Bedeutung des Erlernens einer zweiten Landessprache hin. «Das ist für den kulturellen Zusammenhalt der Willensnation Schweiz wichtig. Es wäre für unser Land ein Armutszeugnis, wenn sich Deutschschweizer und Romands in Englisch unterhalten müssten.» Dies sei keineswegs ein Votum gegen das Englische, betont der Gewerbedirektor. Doch es sei klar: «Französisch hat bei KMU eine hohe Bedeutung.» Vor allem für die Binnenwirtschaft seien gute Französischkenntnisse wichtig.

«Französisch ist nicht nur für den nationalen Zusammenhalt wichtig. Vor allem auch in der Wirtschaft ist es unverzichtbar», sagt Gewerbedirektor Hans-Ulrich Bigler.



Viel Glück oder Bonne Chance? Die Schweiz braucht beides, Deutsch und Französisch.

Nutzen im Geschäftsalltag

Tatsächlich ist «es guets Franz» aus zahlreichen Berufsbildern nicht wegzudenken. Wer könnte sich eine Réceptionistin oder einen Servicefachmann ohne gute Französischkenntnisse vorstellen? Wie sollten Gesundheitsfachangestellte, Mitarbeiter im Detailhandel oder KV-Angestellte mobil bleiben, ohne die zweite Landessprache zu beherrschen? Und wie wollten Carrossiers oder Inhaber von Autogaragen an der Sprachgrenze mit ihrer welschen Kundschaft kommunizieren?

«Viele Partnerbetriebe stehen in der Romandie oder in anderssprachigen Landesteilen», sagt Bigler. «Deshalb ist es sinnvoll, dass die künftigen Mitarbeitenden primär eine Landessprache als erste Fremdsprache lernen.» In manchen Branchen sei Französisch gar wichtiger als Englisch. Und spätestens in den Branchenverbänden, in der höheren Berufsbildung oder bei Verhandlungen mit der Kantons- oder Bundesverwaltung komme man ohne ein einigermassen passables Französisch gar nicht über die Runden. Und nicht zuletzt im Militär seien Franz-Kenntnisse ganz einfach unverzichtbar. Kurz und gut: «Ob wir wollen oder nicht: Ums gründliche Erlernen des Französischen kommen wir nicht herum. Darum macht es Sinn, möglichst früh damit zu beginnen.»

Andrang in den Zentren

Während in den Regionen ums Frühfranzösisch gerungen wird, präsentiert sich die Lage in den Zentren der Deutschschweiz völlig anders. Wer etwa in Zürich seine Kinder schon im zarten Alter von drei bis sechs Jahren mehrsprachig fördern möchte, muss vielerorts lange Wartefristen in Kauf nehmen. Anders beim Lycée Français de Zurich: Die 1956 gegründete Französische Schule hat ihr entsprechendes Angebot stark ausgebaut. «Wir reagieren so auf das starke Bevölkerungswachstum in der Schweiz», sagt Schulleiterin Brigitte Renn. «Wir rechnen in den kommenden Jahren mit einem weiterhin hohen Bevölkerungswachstum und damit mit einer starken Nachfrage nach mehrsprachigen Bildungswegen für Kinder und Jugendliche. In den letzten zehn Jahren hatten wir jährlich im Durchschnitt fünf Prozent mehr Schüler. Mit über 700 Schülern stellt das Lycée Français de Zurich heute einen wesentlichen wirtschaftlichen, kulturellen und integrativen Faktor für die Region und den Kanton Zürich dar.»

Druck von oben

Christoph Eymann, Präsident der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK), hält an der EDK- Sprachenstrategie fest, wonach Deutschschweizer Primarschüler zwei Fremdsprachen lernen sollen. «Wir können und werden in der Sache hart sein, wenn es anders nicht geht», sagte Eymann gegenüber der «SonntagsZeitung». Die Streichung des Frühfranzösisch aus in einzelnen Kantonen verstosse gegen die Verfassung. «Das Modell 3/5, also die erste Fremdsprache ab der 3. Klasse zu unterrichten, die zweite ab der 5. Klasse, werden wir durchsetzen.»

Support gibt's auch von ganz oben: Bundesrat Alain Berset fordert, dass jeder Kanton bei seinen Entscheiden auch das Wohl des ganzen Landes im Auge behalten müsse. «Föderalismus heisst nicht einfach: Jeder macht auf seinem Gebiet, was er will, egal was dies für die Schweiz bedeutet», sagte der Innenminister gegenüber der NZZ. Und seine Partei, die SP, will eine zweite Landessprache in der Primarschule neuerdings gar im Sprachengesetz verankern.

Das letzte Wort im Schweizer Sprachenstreit ist also noch lange nicht gesprochen. Histoire à suivre, alors.

Gerhard Enggist

LEHRPLAN 21 – Die Thurgauer SVP-Nationalrätin Verena Herzog vermisst klar formulierte und messbare Lernziele.

Schwammig, ohne klare Inhalte

Zu viele Reformen, z.B. die Integration aller Kinder oder die Sprachlastigkeit auf Kosten der Naturwissenschaften und des Werkens, haben unser gut funktionierendes Schweizer Bildungssystem torpediert. Nun darf nicht ohne Not auch noch auf der unerprobten «Kompetenzwelle» mitgeritten werden. Sie ist zwar modisch, aber ungeeignet. Es geht nicht mehr um die Vermittlung von Fähigkeiten und Fertigkeiten, von Wissen und Erkenntnissen, sondern um Bereitschaften, Kontrolle von inneren Beweggründen und sozialem Verhalten.

Erfinderische Kompetenz

So erfinden die Bildungsforscher stets neue Kompetenzen: Methodenkompetenz, Handlungskompetenz, Systemkompetenz etc.! Alles wohltönend, aber schwammig und kaum greifbar. Zeugnisse werden noch schwieriger lesbar. Wie sollen Lehrmeister bei der Auswahl entscheiden, wenn die Auszubildenden die 4700 Kompetenzen der Volksschule nur teilweise oder nicht erfüllen?

Dem Lehrplan 21 zu Grunde liegt auch der Konstruktivismus. Das Wissen sei nicht von Mensch zu Mensch vermittelbar, jeder Lernende müsse sein Wissen individuell und selbst erarbeiten. Die Coaches unterstützen nur noch und stellen geeignete Lehrmaterialen zur Verfügung. Die Praxis zeigt aber, dass die Lehrer-Schüler Beziehung entscheidende Grundlage des Lernens ist.

Reine Augenwischerei

Angepriesen wird, dass der Lehrplan 21 die Mobilität von Familien mit schulpflichtigen Kindern erleichtere. In der Tat wird aber unser föderalistisches Bildungswesen vermehrt zentralisiert. Die Diskussionen um den Fremdsprachenunterricht auf der Volksschulstufe zeigen, wie wichtig es ist, auf die regionalen Bedürfnisse Rücksicht zu nehmen. Wettbewerb im Bildungswesen ist unsern Bildungsbürokraten wohl ein Greuel.

Viele Fragen bleiben offen

Der neue Deutschschweizer Lehrplan lässt in pädagogischer und finanzieller Hinsicht dermassen viele Fragen offen, dass das ganze Konzept nochmals gründlich überarbeitet und gestrafft werden muss. Ein Lehrplan muss klar formulierte und messbare Lernziele enthalten. Das ist natürlich im Sinne der Bildungsbürokraten altväterisch, nicht modisch. Mode ist aber nur etwas Vorübergehendes, das Bildungswesen muss auf Dauer Bestand haben.

«KINDER UND LEHRPERSONEN VERDIENEN ETWAS BESSERES.»

Wir dürfen auch nach den Vernehmlassungen zum Lehrplan 21 solch wichtige und grundlegende Entscheide nicht gänzlich den Deutschschweizer Erziehungsdirektoren überlassen. Unsere Kinder und Lehrpersonen verdienen einen besseren Lehrplan. Und unsere Wirtschaft braucht ihn dringend, um die Chancen der nächsten Generationen aufrechterhalten zu können.

Verena Herzog, Nationalrätin TG